

Meine sehr geehrten Damen,

liebe Genossinnen und Freundinnen,

ich freue mich sehr, Sie und Euch hier heute herzlich begrüßen zu können zu unserer kleinen Festveranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“. Annette Faße und mir war es eine Herzensangelegenheit, diese für besondere Jubiläum zu würdigen. Und es ist schön, dass wir dabei so hochkarätige und interessante Begleitung haben.

Der heutige späte Vormittag soll dazu dienen, sich über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Frauenpolitik auszutauschen. Annette Faße wird danach einen kleinen historischen Rückblick geben, und unsere neue Bundestagskandidatin Thurid Küber, die ich hiermit auch ganz herzlich begrüße, wird aktuelle Perspektiven zur Gleichstellung der Geschlechter ansprechen.

Natürlich gibt es auch eine Kleinigkeit für das leibliche Wohl. Bitte bedienen Sie sich, bedient Euch herzlich.

Den Frauen schreibt man ja auch gerne ein besonderes Gespür für Gefühl und Sensibilität zu. Die Sprache der Emotion ist die Musik. Und daher begrüße ich die Musikschule Beck, die uns heute unterhalten wird.

Meine Damen,

nach jahrzehntelangem Kampf um staatsbürgerliche Gleichstellung wurde am 12. November 1918 das Frauenwahlrecht in Deutschland gesetzlich verankert. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen geben im Januar 1919 ihre Stimme ab und 37 weibliche Abgeordnete ziehen ins Parlament ein.

Annette Faße wird nachher ins Detail gehen. Nur so viel vorweg: Im Dezember 1908 rief Christabel Pankhurst die britischen Frauen zum Kampf für das Wahlrecht auf. Tatsächlich waren die Suffragetten, wie die Frauenrechtlerinnen im viktorianischen Großbritannien genannt wurden, nicht zimperlich mit ihren Aktionen: Sie schlugen Fensterscheiben ein und ketteten sich an Geländern fest, sie traten in Hungerstreik oder schrieben mit Säure ihre Parole "Votes for Women" in den 'heiligen' Rasen britischer Golfplätze.

In ganz Europa und in den Vereinigten Staaten stritten um 1900 Frauen für politische Gleichberechtigung, wenn auch nicht so spektakulär wie die Suffragetten. In Deutschland hatte es schon 1848 mit der bürgerlichen Revolution begonnen.

Die Journalistin Louise Otto Peters stellte damals der von ihr herausgegebenen Frauenzeitung den Aufruf voran: "Dem Reich der Freiheit verb' ich Bürgerinnen. Wir wollen unser Teil fordern: das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staate."

Doch die sich in den folgenden Jahren formierende Frauenbewegung war gespalten: dem so genannten bürgerlichen Flügel ging es hauptsächlich um bessere Bildung für Mädchen, um Zugang zu höheren Schulen und Universitäten, um Chancengleichheit im Beruf. Der radikale Flügel um Hedwig Dohm forderte dagegen absolute Gleichstellung im privaten und im öffentlichen Leben. Dafür war das Stimmrecht unabdingbare Voraussetzung. Einigen Befürwortern der Mädchenbildung ging das entschieden zu weit.

Adolf Lette, Vorsitzender des Vereins zur Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit, stellte 1901 klar: "Was wir nicht wollen und niemals, auch nicht in noch so fernen Jahrhunderten, wünschen und bezwecken, ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen."

Bessere Bildung, um sich den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können - ja, aber Teilhabe an der Macht - nein! Das Wahlrecht, soviel war den Gegnern klar, hätte den Frauen auch die Möglichkeit gegeben, eigene politische Ziele durchzusetzen.

Der Kampf um staatsbürgerliche Gleichstellung dauerte Jahrzehnte. Von den Parteien in Deutschland standen dabei lediglich die Sozialdemokraten an der Seite der Frauenverbände.

Heute ist die politische Beteiligung von Frauen normal, auch wenn die gleichberechtigte Teilhabe immer noch nicht realisiert, weder in der Politik, noch im weiteren Machtzentrum Wirtschaft. Im Nds. Landtag beträgt der Frauenanteil der SPD-Fraktion 39,6%, CDU 20,6%, FDP, 15,4%.

Die Grünen und Linken jeweils 50%. In der Nds. Landesregierung sind von 10 Ministern zwei weiblich.

Wie sieht es in der Wirtschaft aus? Die von der Beschäftigtenzahl her gesehen 86 größten deutschen Unternehmen werden von 525 Vorstandsmitgliedern geführt. Darunter befinden sich sieben Frauen, also 1,3 %. Die 36 größten Unternehmen haben keine einzige Frau im Spitzenmanagement. Bei den Aufsichtsräten sind von 1 488 Mitgliedern 116 Frauen - 7,8 %. Das darf auf keinen Fall so bleiben.

Andere europäische Länder können es doch auch. Ein erfolgreiches Beispiel ist Norwegen. Ich musste mit Erschrecken lesen: Deutschland fällt bei der Gleichstellung der Frauen zurück. Das wird durch beeindruckende Zahlen belegt. Diese - so dpa - dritte Rückstufung Deutschlands seit 2006 sei begründet in einer sich erweiternden Kluft sowohl bei der wirtschaftlichen wie auch der politischen Beteiligung von Frauen. Die Lage in Deutschland habe sich bei der Erzielung gleichen Lohns für gleiche Arbeit verschlechtert. Auch die Zahl der Frauen mit politischer Verantwortung sei zurückgegangen. - Ein Rückschritt seit 2006.

Das zeigt in Niedersachsen u. a. das Beispiel der Gesetzesnovellierungen zur Niedersächsischen Gemeindeordnung und zum Niedersächsischen Gleichstellungsgesetz.

Als SPD fordern wir deshalb die Landesregierung dringend auf, gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen, Chancengleichheit in der Bildung zu schaffen, verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an Führungspositionen in Politik, Verbänden,

Wirtschaft und Wissenschaft zu entwickeln, die Quotierungsregelungen auf weitere gesellschaftliche Bereiche auszuweiten - das würde auch Ihrer Partei gut tun. Wir fordern eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes über die öffentliche Verwaltung hinaus auf Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft, die Rücknahme der Streichungen im NGG bezüglich Frauenquote bei Auswahlentscheidungen, die Aufstellung von Gleichstellungsplänen, die verpflichtende Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten, Schutzvorschriften vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, Rücknahme der im Jahr 2005 vorgenommenen Änderungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung die Gleichstellungsbeauftragten betreffend.

Meine lieben Frauen,

die Situation heute ist mit der zu Anfang dieses Jahrhunderts natürlich nicht zu vergleichen. Wir können mitentscheiden. Wir können wählen. Der Kampf um unsere Teilhabe am öffentlichen Leben und vor allem um das Recht mitzugestalten und mitzuentcheiden ist allerdings wohl nie vorbei. Wir müssen auch heute kämpfen und uns aktiv einbringen. Das nimmt uns keiner ab.

Das wollen wir gemeinsam tun. Und dieser Vormittag soll uns nicht nur ans Frauenwahlrecht erinnern, sondern unser Netzwerk zur Durchsetzung von Fraueninteressen stärken und ausbauen.

Ich wünsche Ihnen und Euch einen unterhaltsamen, stärkenden und interessanten Sonntag.